



*SPD-FRAKTION  
IM RAT DER LANDESHAUPTSTADT HANNOVER*

# RECHENSCHAFTSBERICHT 2013–2015

*PARTEITAG DES SPD-STADTVERBANDES HANNOVER  
4. JULI 2015*



# INHALT

VORWORT .....	1
EINE STADT FÜR ALLE! KOMMUNALPOLITISCHES LEITBILD DER SPD-FRAKTION .....	2
RECHENSCHAFTSBERICHT .....	5
Finanzen .....	5
Bauen, Wohnen, Verkehr und Stadtentwicklung .....	6
Umweltschutz und Grünflächen .....	7
Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Liegenschaften .....	8
Soziales .....	8
Jugend .....	9
Schule .....	10
Kultur .....	11
Sport .....	11
Internationales .....	12
Gleichstellung .....	13
Organisation und Personal .....	13
IMPRESSUM .....	14

# VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,

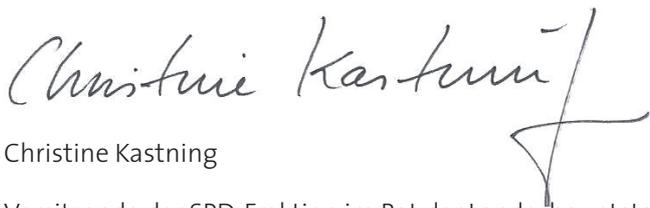
»Hannover 2030« – das ist eines der bestimmenden Themen der zweiten Halbzeit dieser Ratsperiode. Die Stadtgesellschaft diskutiert über die Perspektiven unserer Stadt in den nächsten 15 Jahren – auf eine Initiative hin, die wir als SPD-Ratsfraktion auf den Weg gebracht haben. Dabei sind auch wir mit der Stadt im Gespräch: Nicht nur im Rahmen einer eigenen Veranstaltungsreihe, sondern auch bei den vielfältigen Angeboten von Seiten der Stadtverwaltung und des SPD-Stadtverbandes. Wir suchen den Austausch mit der Stadtgesellschaft: Das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern ist uns ein permanenter Auftrag und gehört gewissermaßen zum »Alltagsgeschäft« aller Mitglieder unserer Fraktion – gemäß unserem Motto »Politik durch Dialog«<sup>1</sup>.

Hannover wächst – dies zeigt, dass Hannover eine attraktive Stadt ist. Und es stellt uns vor Herausforderungen, die nicht in jedem Fall neu sind, die aber in Teilen neu gedacht werden müssen. Dabei sind wir durchaus stolz, dass wir wichtige Anforderungen der Zukunft bereits angepackt haben: So haben wir mit dem Wohnkonzept 2025 und der Wohnbauflächeninitiative Grundlagen für den Wohnungsneubau geschaffen; mit dem Ausbau von Kita-Plätzen und Ganztagsgrundschulen tragen wir Herausforderungen im Bildungswesen ebenso Rechnung wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; und u.a. mit dem Bäderkonzept, der Schulsanierung wie auch mit dem Straßengrundsanierungsprogramm sichern und erneuern wir wesentliche Teile der städtischen Infrastruktur.

Eine besondere Aufgabe und Verantwortung erwächst der gesamten Stadtgesellschaft aus der Unterbringung und Integration der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen. Die ganz überwiegende Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger hat sich dieser Herausforderung ebenso gestellt wie wir im Rat, die Stadtverwaltung und insbesondere die Bezirksbürgermeisterinnen und –bürgermeister. Gemeinsam haben wir dafür gesorgt, dass alle Flüchtlinge in Hannover menschenwürdig untergebracht werden und schnellstmöglich Zugang zu Bildung und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens finden. Wir sind dankbar und freuen uns, dass Mitmenschlichkeit, Toleranz und der Wunsch, Willkommenskultur tatsächlich zu leben, in Hannover viele Menschen in ihrem Handeln motiviert. Es stärkt unser Gemeinwesen, wie hier Politik und Zivilgesellschaft Hand in Hand gehen.

Vor wenigen Wochen haben wir als SPD-Ratsfraktion uns ein Kommunalpolitisches Leitbild erarbeitet<sup>2</sup>. Nach diesem Leitbild wollen sollten wir die Herausforderungen angehen, vor denen unsere Stadtgesellschaft steht – und bis 2030 stehen wird. Was wir bereits geleistet haben, entnehmt Ihr dem vorliegenden Rechenschaftsbericht.

In diesem Sinne wünsche ich Euch eine anregende Lektüre



Christine Kastning

Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

<sup>1</sup> Unter diesem Slogan haben wir 2014 auch unsere Halbzeit-Bilanz veröffentlicht: [http://spd-ratsfraktion-hannover.de/imperia/md/content/bezirkhannover/spdratsfraktionhannover/spd\\_fraktion\\_halfzeit2011\\_2014.pdf](http://spd-ratsfraktion-hannover.de/imperia/md/content/bezirkhannover/spdratsfraktionhannover/spd_fraktion_halfzeit2011_2014.pdf).

<sup>2</sup> Das Leitbild findet Ihr auf den nächsten Seiten.

# EINE STADT FÜR ALLE!

## KOMMUNALPOLITISCHES LEITBILD DER SPD-FRAKTION

IM RAT DER LANDESHAUPTSTADT HANNOVER, BESCHLOSSEN AM 26. MAI 2015

### GLIEDERUNG

Thesen 1–5 – Unsere Werte  
Thesen 6–8 – Unser Hannover 2030  
Thesen 9–23 – Unsere Politik

### Unsere Werte

1. »**Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit**« – diese Forderungen der Französischen Revolution sind auch die Grundwerte der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung, aus der vor über 150 Jahren die deutsche Sozialdemokratie hervorging. Als SPD-Ratsfraktion stehen wir in der Tradition dieser Grundwerte. Für unsere heutige Zeit finden wir sie in den Werten von Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Frieden.

2. Auf der Basis der Grundwerte von Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Frieden setzen wir uns dafür ein, dass *alle* Menschen in unserer Stadt am Leben unserer Stadtgesellschaft teilhaben können – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht und ihrem Alter. **Wir gestalten die Stadt für alle mit allen.**

3. **Unser demokratisches Gemeinwesen** bietet gerade in der Kommune vielfältige Möglichkeiten, am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben. Diese Möglichkeiten wollen wir ausbauen und erweitern.

4. Als SPD-Ratsfraktion stehen wir hierbei in der Tradition hannöverscher Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die als demokratisch gewählte Vertreterinnen und Vertreter seit Jahrzehnten Hannover gestalten. Wir haben den **Willen und** wir haben die **Kraft**, gemeinsam die Landeshauptstadt Hannover mit ihren Bürgerinnen und Bürgern als attraktive und prosperierende Stadt weiterzuentwickeln.

5. Dabei stützen wir uns nicht nur auf die demokratische Legitimation der Wahl, sondern auch auf das vielfältige **Engagement von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten** in den Ortsvereinen, in den Bezirksräten und im Stadtverband.

### Unser Hannover 2030

6. **Hannover wächst.** Diese positive Entwicklung stellt uns vor neue Herausforderungen. Die Veränderungen, die mit dem Wachstum Hannovers einhergehen, erfordern eine nachhaltige, soziale Stadtentwicklung.

7. Mit dem **Stadtentwicklungsdialog »Mein Hannover 2030«** ist die Stadtverwaltung auf unsere Anregung mit der Stadtgesellschaft in einen lebhaften Diskurs über die Perspektiven unserer Stadt getreten. Mit dem Dialog »City 2020+« und dem »Wohnkonzept 2025« haben wir bereits Grundlagen für eine attraktive Entwicklung der Innenstadt und für die Intensivierung des Wohnungsbaus in Hannover geschaffen. Nun diskutieren Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von »Mein Hannover 2030« und »Mein Kiez 2030« Konzepte für eine integrierte Stadt- bzw. Quartiersentwicklung, die sämtliche Bereiche des städtischen Lebens berücksichtigen.

8. Die vielfältigen **Beteiligungsformen**, die im Rahmen des Stadtentwicklungsdialogs erfolgreich erprobt worden sind, wollen wir weiterführen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen auch im Rahmen anderer Prozesse die Möglichkeit haben, ihre Ideen, Anregungen und Fragen in den Diskurs unserer Stadtgesellschaft einzubringen und sich an der Entwicklung unseres Gemeinwesens aktiv zu beteiligen. Dies kann zur Stärkung des demokratischen Gemeinsinns beitragen, ohne die demokratisch verfassten Institutionen der Kommunalverfassung in Frage zu stellen.

## Unsere Politik

9. Den Menschen, die hier wohnen, wollen wir **gleiche Chancen** eröffnen – auf ihrem Bildungsweg wie auch auf dem Wohnungs- und auf dem Arbeitsmarkt. Dies gilt in besonderer Weise für Menschen mit Behinderungen: Inklusion muss in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eine Selbstverständlichkeit sein. Auch dürfen weder Alter noch Jugend Hindernisse für die Teilhabe am Leben in unserer Stadt sein; vielmehr setzen wir uns ein für ein Zusammenleben der verschiedenen Generationen und für einen Austausch zwischen ihnen nach dem Motto »Jung hilft Alt, Alt hilft Jung«. Den Menschen, die aus Notlagen als Flüchtlinge zu uns kommen, werden wir eine menschenwürdige Unterkunft und die Möglichkeit einer schnellen Integration bieten.

10. Grundlage für die Entwicklung unserer Stadt ist eine **solide Finanzausstattung**. Um die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge nachhaltig sichern und bedarfsgerecht entwickeln zu können, müssen Bund und Land die Kommunen mit ausreichenden finanziellen Ressourcen versehen. Als Ratsfraktion setzen wir uns einerseits ein für eine innovative mittel- und langfristige Investitionsplanung, die politisch und wirtschaftlich durchdacht ist, und andererseits für eine angemessene Haushaltskonsolidierung, damit die Landeshauptstadt Hannover künftig noch größere Gestaltungsspielräume gewinnt.

11. Wir sichern und fördern den **sozialen Zusammenhalt** in unserer Stadt. Deshalb müssen die Quartiere unter sozialen Aspekten, entsprechend den Erfordernissen der Inklusion und alter(n)sgerecht entwickelt werden. Der Arbeitsmarkt und der Erwerb der deutschen Sprache müssen ebenso niedrigschwellig zugänglich sein wie die verschiedenen Hilfsangebote, etwa für Obdachlose oder Drogensüchtige. Dabei baut das soziale Netzwerk in unserer Stadt wesentlich auf den verschiedenen Partnerinnen und Partnern im Sozialwesen auf wie auch auf dem ehrenamtlichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger.

12. Wir stehen für die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Deshalb treiben wir den begonnen Ausbau von Krippen und Kindertagesstätten voran. Die Qualität der Kinderbetreuung und Jugendarbeit wollen wir durch Fortbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher sichern. Um den Übergang zwischen den verschiedenen Stationen des lebenslangen Lernens zu erleichtern und den sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen zu stärken, setzen wir uns ein für eine stärkere Vernetzung der Kinder- und Jugend mit der Sozialarbeit wie auch mit den Schulen.

13. Wir setzen uns ein für **gleiche Chancen für alle im Bildungssystem**. Dazu sollen starke Bildungsnetzwerke in den Stadtbezirken beitragen. Um Kindern und Jugendlichen vernünftige Lernbedingungen zu sichern, werden wir den Ausbau des Ganztags schulbetriebes, die begonnene Sanierung, den Neu- und

Umbau von Schulen und die Verbesserung ihrer Ausstattung vorantreiben. Dabei sind die Erfordernisse für eine erfolgreiche Inklusion wie auch für eine erfolgreiche Sprachförderung zu berücksichtigen.

14. Alle Menschen haben die **gleichen Rechte** und so müssen sie auch behandelt werden. Das Gemeinschaftsgefühl in unserer Gesellschaft wollen wir stärken und dabei die Chancen nutzen, welche die Vielfalt der Menschen uns eröffnen. Unsere Stadt wird internationaler, und das muss sich sowohl im Umgang miteinander als auch in der weiteren Öffnung der Stadtverwaltung für Menschen mit Migrationshintergrund widerspiegeln. Willkommenskultur, wie sie derzeit vor allem durch die vielen Ehrenamtlichen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen gelebt wird, muss auch im Alltag und im Handeln der Verwaltung erlebbar sein; Diskriminierung werden wir gemeinsam in unserer Stadt bekämpfen.

15. Vielfalt kennzeichnet auch das kulturelle Leben unserer Stadt: **Hannover ist eine Kulturstadt**. Das zeigt auch die Auszeichnung als »UNESCO City of Music«. Die kulturelle Vielfalt unserer Stadt wollen wir noch stärker sichtbar machen, diese kulturelle Vielfalt wollen wir weiterentwickeln. Dazu werden wir die verschiedenen Sparten des etablierten Kulturbetriebs, die Soziokultur und die Stadtteilkulturarbeit besser miteinander vernetzen und die (sozio)kulturelle Arbeit mit Kindern und Jugendlichen stärken. Die kulturelle Infrastruktur, vor allem in den Stadtteilen, wollen wir erhalten und ausbauen. Kultur ist Teilhabe. Kulturelle Vielfalt widerspiegelt sich schließlich auch in den internationalen Beziehungen Hannovers. Wir werden deshalb die Städtepartnerschaften weiterhin mit Leben erfüllen und die Kontakte zu anderen Städten intensivieren.

16. **Sport ist Teilhabe**, da er wesentlich im Verein gelebt wird nicht nur dem individuellen Wohlbefinden dient. Deshalb wollen wir Sport für alle ermöglichen. Dazu bedarf es einer verlässlichen Planung, wie sie im Bäderkonzept und Sportentwicklungsplan begonnen worden ist, einer attraktiven Infrastruktur und eines zukunftsfähigen Vereinswesens. Den Wandel des Sports hin zum Individualsport wollen wir ebenso berücksichtigen wie die Bedürfnisse des Breitensports. Das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen, insbesondere bei der Arbeit mit Jugendlichen, mit Migrantinnen und Migranten sowie mit Menschen mit Behinderungen, unterstützen wir. Wichtig hierfür ist auch eine bessere Vernetzung von Ganztagschulen und Vereinen. Als Sportstadt muss Hannover darüber hinaus auch attraktive Arbeitsbedingungen für den Spitzensport bereithalten.

17. Bei der **Gleichstellung der Geschlechter** hat Hannover erhebliche Fortschritte gemacht. Den Gleichstellungsaktionsplan werden wir ebenso konsequent weiter entwickeln, wie die bewährte Wirtschaftsförderung unter Gender-Aspekten beibehalten werden

soll. Wir kämpfen gegen sexuellen Missbrauch und gegen die geschlechtliche Diskriminierung. Dazu gehört auch die Erprobung entsprechender Kriterien bei der Vergabe von Haushaltsmitteln.

18. Eine freundliche Stadt, das ist nicht zuletzt auch eine **bürgernahe Verwaltung**. Deshalb wollen wir das Handeln der Verwaltung noch verständlicher für die Einwohnerinnen und Einwohner gestalten und die interkulturelle Kompetenz der Verwaltungsbeschäftigten verbessern. Zugleich muss die Attraktivität der Landeshauptstadt Hannover als Arbeitgeberin weiter erhöht und der Anteil von Frauen in Führungspositionen gesteigert werden.

19. Wir sorgen für **gute Arbeit**: gut bezahlt für alle. Dazu trägt die Wirtschaftsförderung ebenso bei wie die Stärkung des Einzelhandels vor Ort durch ein Einzelhandelskonzept, das künftig auch die Herausforderungen durch den Online-Handel berücksichtigt. Als verlässlichen Partner werden wir hannoverimpuls dabei begleiten, Existenzgründungen in Industrie, Handwerk und Gewerbe kreativ zu unterstützen. Um den Nachwuchs für die verschiedenen Branchen zu sichern, fördern wir bereits an den Schulen die Vorbereitung Jugendlicher auf den Übergang in das Ausbildungs- und Berufsleben.

20. Ein **gesundes Hannover** erreichen wir durch Nachhaltigkeit. Hannover bietet reichliche Grünflächen, die wir erhalten. Zu den Grünflächen zählen auch die Kleingärten, die wir bedarfsgerecht auch als Möglichkeiten der Teilhabe entwickeln wollen.

Ein gesundes Hannover – das ist auch eine Frage der Umweltgerechtigkeit. Hierzu trägt eine nachhaltige Quartiersentwicklung ebenso bei, wie die Senkung von Emissionen von Lärm, von Licht und von Schadstoffen in der Luft, im Wasser und im Boden.

21. Eine Stadt für alle – unter diesem Motto betreiben wir **Stadtentwicklung**. Unser Ziel ist es, bezahlbaren Wohnraum für alle vorzuhalten. Dazu ist auch die Stadtanierung voranzutreiben und die Quartiersentwicklung sozial ausgewogen in allen Stadtbezirken zu gestalten. Quartiersentwicklung berücksichtigt auch eine funktionierende Infrastruktur für Bildung und Soziales, für die Nahversorgung, die Wirtschaft und für den Verkehr.

22. Städtisches Leben heißt Bewegung. Deshalb werden wir die Mobilität in Hannover weiterhin bedarfsgerecht entwickeln. Dabei berücksichtigen wir die Belange aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer: des öffentlichen Personennahverkehrs, des Kraftfahrzeug- und Radverkehrs und der Fußgängerinnen und Fußgänger. Wir setzen hierbei auch auf die Entwicklung der E-Mobilität. Eine besondere Herausforderung stellt die Entwicklung eines nachhaltigen Mobilitätskonzeptes für unsere Stadt dar, das auch der herausgehobenen Bedeutung Hannovers als Mittelzentrum und Verkehrsknotenpunkt für die Logistik gerecht wird, gerade in der City.

23. **Als Stadt für alle hat Hannover Zukunft. Und diese Zukunft gestalten wir – gemeinsam.**

# RECHENSCHAFTSBERICHT

Unsere Fraktion ist nicht nur politisch in Bewegung – dazu gleich –, sondern auch personell: Im Laufe der letzten beiden Jahre haben einige Mitglieder unsere Fraktion verlassen, andere sind neu hinzugekommen. Besonders schmerzhaft hat uns das Ausscheiden von Bernd Strauch getroffen, der krankheitsbedingt seine Arbeit als Ratsherr und 1. Bürgermeister niederlegen musste. Als Bürgermeister folgte ihm Thomas Hermann nach, als Ratsmitglied Rita Scholvin. Außerdem schieden Erik Breves und Ralf Borchers aus unserer Fraktion aus, ihnen folgten Dr. Jens Menge und Thomas Müller. Als neues Mitglied kam Anne-Maria Gahbler in die Fraktion.

Und – last but not least – gab es nach der erfolgreichen Landtagswahl vor zwei Jahren auch einen Wechsel im Amt des Oberbürgermeisters: Stefan

Schostok wurde zum Nachfolger von Stephan Weil gewählt – und damit auch Mitglied unserer Fraktion.

Unterstützt wird die Arbeit unserer Fraktion durch die Fraktionsgeschäftsstelle: Julia Meyer, Marc-Dietrich Ohse, Albert Rehse, Jonathan Schorling, Rita Schulz, Imke Weihmann und Andrea Wiegand. Auch im Büro wurden einige Stellen neu besetzt: Nach dem Ausscheiden von Birgit Butscher trat Marc-Dietrich Ohse zunächst als Referent seine Arbeit an; er folgte im Mai 2015 Eva Bender auf den Posten der Geschäftsführung. Sein Nachfolger als Referent wiederum wurde Jonathan Schorling.

Den ausgeschiedenen Fraktionsmitgliedern und Büromitarbeiterinnen gilt unser herzlicher Dank.

## FINANZEN

Mitglieder des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung: Dr. Jens Menge (seit 17.7.2014; Sprecher seit 29.1.2015), Ralf Borchers (Sprecher, bis 29.1.2015), Thomas Hermann (Ausschussvorsitzender bis 17.7.2014), Christine Kastning, Peggy Keller, Belgin Zaman (Ausschussvorsitzende seit 17.7.2014).

Im vergangenen Jahr hat die Landeshauptstadt ihren ersten konsolidierten Gesamtabschluss (Stichtag 31.12.2012) vorgelegt. Danach konnte die Stadt 2012 einen Überschuss von 71 Mio. € verbuchen. Diese positive Entwicklung der städtischen Finanzen hat sich auch 2013 fortgesetzt. Vor allem durch einen Rückgang des Gewerbesteueraufkommens brachen die städtischen Einnahmen 2014 leider ein. Zugleich hatte die Stadt kurzfristig zusätzliche Ausgaben zu tätigen, u.a. für die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung.

Dennoch stehen uns in Hannover für Investitionen jährlich ca. 110 Mio. € zur Verfügung – das ist für Kommunen ein durchaus beachtlicher Wert. Diese Summe haben wir in den vergangenen Jahren zukunftsfruchtig verwendet: für den Ausbau von Kita- und Krippenplätzen und von Ganztagschulen, für die Sanierung von Schulen, für den Wohnungsbau und seit dem vergangenen Jahr verstärkt für die Grundsanierung von Straßen.

Mit dem Ausbau des Sprengel Museums gewinnt einer der kulturellen Leuchttürme unserer Stadt neue Strahlkraft, und mit der IGS Mühlenberg entsteht zurzeit in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) der größte Schulneubau Niedersachsens. Als ÖPP-Projekt haben wir ebenfalls den Neubau der Feuer-

wache am Weidendamm vorangetrieben. Schließlich investieren wir auch für Sport und Freizeit: Mit dem vor kurzem verabschiedeten Bäderkonzept kann nun die Sanierung aller Bäder in Hannover beginnen.

Doch nicht allein die städtische Infrastruktur (ob im Verkehr, im Bildungswesen, in der Kultur oder im Sport) bedarf finanzieller Mittel. Wichtige Aufgaben, etwa im sozialen Bereich, in der Kinder- und Jugendarbeit, in der Kultur oder im Sport, werden von freien Trägern erfüllt. Hierfür erhalten sie Zuwendungen, die wir zwar jährlich auf den Prüfstand stellen, vor zwei Jahren wegen Preissteigerungen und wachsender Personalkosten pauschal um drei Prozent angehoben haben.

Um die städtischen Finanzen auf eine solide Basis zu stellen, ist es zugleich notwendig, den Haushalt zu konsolidieren. Mit dem 8. Haushaltssicherungskonzept (HSK VIII) wurden in den Jahren 2012–2014 ca. 65 Mio. € eingespart. Seit diesem Jahr läuft das HSK IX, das bis 2017 ein Volumen von weiteren 35 Mio. € erreichen soll.

Eine wichtige Funktion bei der öffentlichen Daseinsvorsorge erfüllen die städtischen Beteiligungen, darunter die Stadtwerke Hannover, die üstra und die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (VVG), genauso

wie die Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover (GBH) und die union-boden. Als Wirtschaftsfaktor und international agierendes Unternehmen spielt die Deutsche Messe AG eine besondere Rolle für unseren Standort. An ihrer guten Entwicklung sind wir interessiert, weil sie einerseits für die Versorgung der

Menschen wie auch als Arbeitgeber außerordentlich wichtig sind; andererseits entlasten ihre Gewinnabführungen und Konzessionsabgaben den städtischen Haushalt. Aus diesen Gründen halten wir an den städtischen Beteiligungen fest und lehnen eine Privatisierung ab.

## BAUEN, WOHNEN, VERKEHR UND STADTENTWICKLUNG

Mitglieder des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses: Ewald Nagel (Sprecher seit 17.7.2014), Martin Hanske, Thomas Hermann (Sprecher, bis 17.7.2014), Jürgen Mineur, Angelika Pluskota.

Beratende Mitglieder: Christian Kleine und Prof. Dr. Volker Stölting.

Das städtebauliche Highlight in diesem Frühjahr war sicherlich die Fertigstellung des »neuen« Trammplatzes vor dem Neuen Rathaus. Es ist ein offener, einladender, demokratischer Stadtraum zwischen der Innenstadt und dem imposanten Gebäude des Neuen Rathauses entstanden. Die helle, barrierefreie Gestaltung und die vom Landschaftsarchitekten Kamel Louafi entworfenen Bodenelemente haben eine große Anerkennung in der Bevölkerung erfahren.

Die ersten Ideen für die Umgestaltung des Friedrichswalls und des Trammplatzes stammen aus dem Stadtdialog HannoverCity2020+. Die ehemalige Busspur wurde begrünt und mit zwei Reihen Bäumen bepflanzt. Der wertvolle Baumbestand auf dem Trammplatz sowie der Brunnen wurden erhalten. Der neue Platz eignet sich hervorragend für Veranstaltungen und hat sich bei den ersten Großereignissen, wie der Kundgebung zum 1. Mai oder dem Hannover-Marathon, schon bewährt. Für den Umbau des Platzes standen 2,75 Mio. € zur Verfügung, das Budget wurde eingehalten.

Eindeutiger Schwerpunkt der kommunalpolitischen Arbeit war im Berichtszeitraum das Thema Unterbringung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen, die aufgrund von Kriegen, Unruhen und wirtschaftlicher Not ihre Heimat verlassen haben. Die Zahl der Menschen, die von der Stadt Hannover aufzunehmen sind, hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. In Hannover leben zzt. rund 2.600 Flüchtlinge/AsylbewerberInnen.

	31.12.2011:	442
	31.12.2012:	729
<i>Flüchtlinge/</i>	31.12.2013:	1.136
<i>AsylbewerberInnen</i>	31.12.2014:	2.043
<i>in Hannover</i>	03.06.2015:	2.607

Für die Unterbringung bewirtschaftet die Landeshauptstadt 16 Flüchtlingswohnheime, vier Wohnprojekte und ca. 180 Wohnungen. Dazu kommen noch als Notunterkünfte vier Sporthallen, eine ehemalige Schule und das frühere Oststadt Krankenhaus. Allein hier haben über 600 Menschen eine Unterkunft gefunden. In Vorbereitung sind 16 weitere Flüchtlingswohnheime, die aus sog. Modulbauten bestehen werden. Dort sollen ab September weitere 1.500 Plätze entstehen.

Die Ratsfraktion hat sehr früh auf das Thema reagiert und schon Anfang 2013 ein »Konzept zur Unterbringung von Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen« beschlossen. Es steht auf drei Säulen: Unterbringung in Wohnungen, Unterbringung in Wohngruppen und Unterbringung in Wohnheimen. Für alle drei Wohnformen wurden jeweils soziale Standards erarbeitet und die notwendige Zahl an Betreuungskräften festgelegt.

Neben dem Sofortprogramm zur Unterbringung hat die Verwaltung in diesem Jahr ein Konzept zum Integrationsmanagement für Flüchtlinge erarbeitet. 14 zusätzliche SozialarbeiterInnen werden sich um die Belange der Flüchtlinge kümmern. Zudem ist es bislang gelungen, an jedem Standort eine Initiative zu initiieren, die sich zusammen mit den BezirksbürgermeisterInnen, Stadtbezirksräten und vielen Ehrenamtlichen um die Menschen kümmern. Neben den Hauptamtlichen sind es gerade diese ehrenamtlichen Kräfte, die die Menschen in ihrer schwierigen Situation willkommen heißen und sie unterstützen, damit sie sich in Hannover wohl fühlen. Hannover wächst. Nicht nur durch die verstärkte Zuwanderung von Flüchtlingen. Die Städte sind auch für andere Gruppen, insbesondere jüngere Auszubildende und Menschen im Rentenalter attraktiv geworden. Das Wachstum unserer Stadt geht durch alle Altersgruppen.

	30.06.2011:	528.143
	31.12.2012:	534.137
<i>EinwohnerInnen</i>	31.12.2013:	538.856
<i>mit Haupt- und</i>	31.12.2014:	543.154
<i>Nebenwohnsitz</i>	31.05.2015:	545.527

Aus diesem Grund haben wir das städtische Wohnraumförderprogramm von 600 auf 700 sozial gebundene Wohneinheiten (in einem Zeitraum von sechs Jahren) aufgestockt, wofür die Stadt über 32 Mio. € aufwendet. Ziel der Anstrengungen ist es, den Neubau von preisgünstigem Mietwohnraum an städtebaulich nachhaltig geeigneten Standorten voranzubringen. Die städtische Tochter GBH hat ebenfalls ein Wohnungsneubauprogramm gestartet. Sie möchte in den nächsten fünf Jahren 1.500 Wohneinheiten errichten, nachdem sie sich in den zurückliegenden Jahren ausschließlich um die Sanie-

zung ihres Bestandes und Steigerung der Wohnqualität gekümmert hat.

In diesem Sommer soll die Bauleitplanung für die Entwicklung des ehemaligen Conti-Geländes in Limmer, der Wasserstadt Limmer, starten, nach einem fast einjährigen Bürgerbeteiligungsprozess, der von uns initiiert wurde. Ein 102 Punkte umfassender Katalog aus der Bürgerbeteiligung markiert die Forderungen an die Planung. Ein Runder Tisch arbeitet an den Bebauungsplänen und den Städtebaulichen Verträgen. Die Planung von 1.600 bis 1.800 Wohneinheiten ist eine gute Basis, wesentliche qualitative Anforderungen aus dem Beteiligungsprozess an ein lebendiges Quartier zu erfüllen und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Bereitstellung von Wohnraum in unserer wachsenden Stadt zu leisten.

Intensiv in der Diskussion ist die Bauleitplanung für die Entwicklung rund um das Gelände des ehemaligen Oststadtkrankenhauses. Dort können rund 400 Wohneinheiten entstehen. Um die Ziele aus dem Wohnkonzept 2025 mit über 5.000 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau zu erreichen, haben wir die Verwaltung beauftragt, die weitere Entwicklung auf dem Kronsberg vorzuziehen und schon jetzt die Planung hierfür vorzubereiten. Der Kronsberg ist die größte Wohnbauflächenreserve der Stadt und

über die teilweise vorhandene Infrastruktur und die Stadtbahn bereits hervorragend erschlossen.

Neben den großen Anstrengungen zum Wohnungsneubau besitzt die Stadterneuerung durch mehrere Stadtanierungsprogramme einen hohen Stellenwert. Die Stadtteile Limmer, Sahlkamp, Hainholz und Stöcken befinden sich in der »Soziale Stadt«-Erneuerung. Neu hinzukommen soll der Mühlenberg.

Die Innenstadt und die Altstadt nehmen im Stadtgefüge eine herausragende Stellung ein. Nach dem intensiven Diskussions- und Planungsprozess »City 2020+« haben hier die ersten Umsetzungsmaßnahmen begonnen. Die GBH errichtet am Klagesmarkt eine neue Geschäftszentrale und Wohnhäuser. Am Marstall und am Hohen Ufer haben die ersten Bauarbeiten begonnen. Der Umbau der ehemaligen Schule am Hohen Ufer zur neuen Volkshochschule steht kurz vor der Vollendung. Dort soll unmittelbar an der Leine auch eine neue Gastronomie entstehen. Dies alles dient dazu, die Altstadt attraktiver zu gestalten.

Im vergangenen Jahr hat das Sonderprogramm zur Straßen-, Rad- und Gehwegsanierung begonnen. Insgesamt sollen 50 Mio. Euro investiert werden, um die städtische Infrastruktur zu erhalten.

## UMWELTSCHUTZ UND GRÜNFLÄCHEN

Mitglieder des Ausschusses für Umweltschutz und Grünflächen (AUG): Jürgen Mineur (Sprecher), Anne-Maria Gahbler (seit 17.7.2014), Henning Hofmann, Lars Kelich, Ewald Nagel (bis 17.7.2014).

Beratende Mitglieder: Carola Sandkühler und Dr. Ingo Wöhler.

Mit einem Grünanteil von fast 50 Prozent seiner Fläche ist Hannover eine »Stadt der Gärten«. Der Fachbereich Umwelt und Stadtgrün plant, baut und pflegt die öffentlichen Grünflächen, Spielplätze, Wälder, Parks und Friedhöfe sowie die Eilenriede und alle Straßenbäume. Darüber hinaus kümmert sich der Ausschuss um die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes, um Energiefragen und die Stadtentwässerung, ihm obliegen auch die Fragen des Hochwasserschutzes.

Ein ganz wesentlicher Bereich unserer Arbeit sind die über 20.000 Kleingärten im Stadtgebiet. Zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens hat der Rat auf unsere Initiative hin die Verwaltung beauftragt, ein neues innovatives Kleingartenkonzept mit dem Generalpächter der Kleingärten, dem Bezirksverband der Kleingärtner, zu verhandeln. Gemeinsam sollen die zukünftigen Bedarfe an Kleingartenflächen untersucht werden. Weiter soll überlegt werden, wie die Gärten für zukünftige Entwicklungen fit gemacht und attraktiver werden können. Die Kleingärten sind ein unverzichtbarer Bestandteil der hannoverschen Grünqualitäten.

Im städtischen Umwelt- und Naturschutzbereich sind traditionell viele ehrenamtliche Initiativen und

Vereine unterwegs. Die Diskussion über ihre Schwerpunkte und Aufgabengebiete wird intensiv geführt. Mit zweckgebundenen Beihilfen unterstützt die Stadt deren Arbeit. In den Berichtsjahren haben wir die Beihilfen von BUND und BiU erhöht. Damit soll das Ehrenamt gestärkt werden.

Auf der Basis des Klimaschutzaktionsprogramms 2008–2020 ist der Masterplan »100% für den Klimaschutz« erarbeitet worden – bis spätestens 2050 sollen die Treibhausgas-Emissionen um 95% und den Endenergiebedarf um 50% reduziert werden. U.a. wird hierfür ein Konzept für eine nahezu klimaneutrale Stadtverwaltung bis 2050 entwickelt. Die genannten Vorhaben decken sich mit den europäischen und nationalen Klimaschutzziele. Bundesweit haben sich 19 Kommunen – darunter auch Stadt und Region Hannover – verpflichtet, mit langfristige ökologisch und ökonomisch sinnvollen Maßnahmen den Klima- und Ressourcenschutz voranzutreiben. Die Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz, zum Energiesparen und zur Entwicklung eines nachhaltigen Lebensstiles, zur Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere aus regionalen Quellen, sowie der Schließung von Wertstoffkreisläufen müssen hierfür ausgeschöpft werden.

## ARBEITSMARKT, WIRTSCHAFT UND LIEGENSCHAFTEN

Mitglieder im Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten (AWL): Martin Hanske (Sprecher und stv. Ausschussvorsitzender), Ralf Borchers (bis 30.1.2014), Anne Maria Gahbler (seit 30.1.2014), Ewald Nagel, Christine Ranke-Heck.

Beratende Mitglieder: Thomas Behncke und Olaf Weinel.

Die hannoversche Wirtschaft entwickelt sich erfreulich positiv. Als Wirtschaftsstandort nimmt die Landeshauptstadt Hannover eine bedeutende Position ein: 18 der 50 größten Unternehmen Niedersachsens haben hier ihren Sitz. Diese Unternehmen expandieren oder schaffen neue Arbeitsplätze. Die Zahl der sozialversicherten Arbeitsplätze ist zum Juni 2014 erneut im Vergleich zum Vorjahr um rund 9.100 auf über 300.200 gestiegen. Wichtige Impulsgeber für den Arbeitsmarkt sind Industrie und Handel und nach wie vor das Gesundheits- und Sozialwesen. Wir verfolgen eine anpassungsfähige kommunale Wirtschaftspolitik, die sich dadurch auszeichnet, dass Standortvorteile systematisch für die wirtschaftliche Entwicklung erschlossen und weiterentwickelt werden. Durch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer profitiert Hannover von erfolgreichen Wirtschaftsunternehmen – und diese wiederum profitieren von gut ausgebildeten Fachkräften, die mit ihren Familien in Hannover optimale Bedingungen vorfinden.

Die geplante Ansiedlung von Unternehmen fördern und unterstützen wir durch einen Mix von qualitativen Angeboten von bereits vorhandener Infrastruktur, Standorterschließungen und gezieltem Dialog mit den Unternehmen. Neben der aktiven Bestandspflege durch die Wirtschaftsförderung und der Förderung von Gründungsvorhaben durch hannoverimpuls besitzt auch das kommunale Marketing eine besondere Bedeutung.

Der Einsatz von zusätzlichen Personalmitteln im Gebäudemanagement schuf den Grundstock, um die Planungen im investiven Hochbaubereich zu beschleunigen. Die Sanierungsmaßnahmen an Schulen, Kitas und anderen städtischen Gebäuden konnten wir so entscheidend vorantreiben. Darüber hinaus wurde eine Stelle im Fachbereich Wirtschaft für die Immobilienvermarktung besetzt, die für die

überregionale Grundstücksvermarktung dringend benötigt wurde.

Das Messegeschäft und der Zuwachs im eventbezogenen Städtetourismus haben dafür gesorgt, dass bei den Übernachtungen die Millionengrenze in den vergangenen Jahren erreicht wurde. So präsentiert sich Hannover als Eventstadt mit Nähe zur Natur. Hannover zieht mit verschiedenen Festivals, Kultur- und Sportveranstaltungen ein Publikum an, von dem auch das Gastronomie- und Hotelgewerbe profitiert.

Hannover hat sich mit der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg als eine der vier deutschen Regionen für das Schaufenster Elektromobilität einen Namen gemacht, wofür bis 2016 Bundes- und Landesmittel von insgesamt 48 Millionen Euro eingesetzt werden. Schwerpunkte der Metropolregion werden in den nächsten Jahren die Gesundheits- und die Kreativwirtschaft, Energie- und Ressourceneffizienz und die Wissensvernetzung sein.

Unsere Stadt entwickelt sich als Einzelhandelsstandort mit überregionaler Bedeutung stetig weiter. Die Stärkung der Innenstadt und die Sicherung der Nahversorgung in den Stadtteilen gehören zu den wichtigsten Anliegen kommunaler Wirtschaftspolitik. Dabei verlangt der Erhalt kleiner Standorte große Aufmerksamkeit. Deswegen sucht die Wirtschaftsförderung gemeinsam mit den Inhabern von Einzelhandelsunternehmen, die von Schließung bedroht sind, nach Möglichkeiten, die örtliche Nahversorgung aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig bilden bei der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes der Erhalt und die Verbesserung der wohnungsnahen Nahversorgung sowie der Schutz und die Entwicklung des stadtteil- und quartiersbezogenen Einzelhandels Schwerpunkte unserer Arbeit.

## SOZIALES

Mitglieder im Sozialausschuss: Dr. Gudrun Koch (Sprecherin), Erik Breves (bis 30.1.2014), Peggy Keller (bis 19.2.2015), Dr. Jens Menge (30.1.–17.7.2014), Jürgen Mineur (bis 16.5.2013), Thomas Müller (seit 19.2.2015), Robert Nicholls (seit 13.6.2013), Rita Scholvin (seit 17.7.2014).

Beratende Mitglieder: Jasmin Arabian-Vogel und Reinhold Fahlbusch.

Im Zentrum unserer Arbeit steht die Förderung und Entwicklung von Solidarität und Zusammenhalt in unserer Stadt – eine immer größere Herausforderung angesichts der Konzentration bestimmter Pro-

blemlagen in einzelnen Stadtteilen, der Zunahme von Flüchtlingszahlen und der unterschiedlichen Teilhabe-Möglichkeiten der Menschen. Kommunale Sozialpolitik hat die Aufgabe, die Rahmenbedingun-

gen zu verbessern, damit gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von Einkommen und Bildung möglich ist.

Seit immer mehr Menschen aus verschiedenen Nationen nach Hannover kommen, haben wir die Beratungsangebote ausgeweitet. Speziell für die Zielgruppe der Sinti und Roma wurden Angebote geschaffen, um unter Einbeziehung der besonderen Kultur und Werte der Sinti und Roma ihre Situation zu verbessern.

Für Einwandernde aus den EU-Ländern, insbesondere aus Südosteuropa, haben wir ebenfalls ein kontinuierliches und professionelles Hilfeangebot entwickelt. Diese Zielgruppe, die im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens nach Hannover kommt, braucht Unterstützung dabei, vorhandene Kompetenzen nutzen zu können. Das Ziel ist die Verbesserung der Chancen, eine Arbeit aufzunehmen.

Auf Initiative der Sozial-AG wurden die AWO und die Caritas finanziell gestärkt, um mithilfe gezielter Unterstützungsangebote dafür Sorge zu tragen, dass die Phase des Ankommens noch besser gestaltet werden und ein gutes gemeinsames Leben in Hannover für alle Bürgerinnen und Bürger gelingen kann.

Inklusion heißt, dass in Hannover alle Menschen am öffentlichen Leben teilhaben sollen. Eine gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise hierzu wird etabliert. Viele Bereiche müssen mitziehen, damit in Hannover die Vision von einer Stadt ohne Gren-

zen Wirklichkeit wird. Die Ein- und Ausgänge der Friedhöfe werden auf Barrierefreiheit überprüft, das Kleingartenkonzept soll auch die Frage der Barrierefreiheit berücksichtigen, und ebenso stehen Ampeln, Freizeitheime Grünflächen, Spielplätze und die städtischen Parks diesbezüglich auf dem Prüfstand. Als Leuchtfeuer auf dem Weg zur inklusiven Stadt kann dabei ein sportliches Ereignis wirken: Die Vergabe der Special Olympics 2016 nach Hannover wird neue Impulse zur weiteren inklusiven Entwicklung der Stadtgesellschaft setzen.

In der Seniorenarbeit wird das Personal in der Krisenintervention verstärkt. SozialarbeiterInnen werden häufig mit zunehmender Komplexität der Problemstellungen (z.B. Suchtproblematik, gepaart mit Verarmung und demenziellen Syndromen) konfrontiert. Besonders im Bereich Altersarmut gibt es einen erhöhten Anstieg an Hilfeersuchen, weil die Zahl der SeniorInnen, die Transferleistungen empfangen, um knapp 30% in den letzten fünf Jahren angestiegen ist. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass der Personalbestand in diesem Bereich ausgebaut wird.

Gleichzeitig gibt es viele SeniorInnen, die sich unsicher sind, wie sie ihre Interessen gegenüber der Wohnungswirtschaft und Vermietern vertreten können. Hier haben wir für eine verstärkte Aufklärung über bestehende Beratungsmöglichkeiten durch den Kommunalen Seniorenservice (KSH) gesorgt – auch, damit ältere Menschen solange wie möglich selbstbestimmt in ihren Wohnungen leben können.

## JUGEND

Mitglieder im Jugendhilfeausschuss: Désirée Barnert (Sprecherin), Petra de Buhr, Bruno Gill, Kerstin Klebe-Poltze.

VertreterInnen: Regina Fischer, Lars Kelich, Erik Breves (bis 20.2.2014), Anne-Maria Gahbler (seit 20.2.2014), Michael Klie (bis 19.2.2015), Thomas Müller (seit 19.2.2015).

Stimmberechtigte Mitglieder im Jugendhilfeausschuss: Burkhard Teuber, Willi Duckstein (seit 22.8.2013), Nina Breitenbach (bis 22.8.2013), Nina Böhme (bis 22.8.2013).

Beratende Mitglieder: Petra Hartleben-Baildon, Birgit Merkel, Christoph Kröner, Nina Böhme (seit 22.8.2013).

Die Schwerpunkte der AG Jugendhilfe liegen weiterhin im Bereich des quantitativen und qualitativen Ausbaus der Kinderbetreuung sowie in der Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit in verschiedenen Bereichen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist eine Herausforderung, da zum einen alle Ein- und Zweijährigen seit dem 1. August 2013 einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz haben und zum anderen erfreulicherweise – im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen – die Kinderzahlen in Hannover steigen.

Darüber hinaus hat die AG mehr als ein Dutzend Einrichtungen vor Ort besucht und verschiedene

Gruppen und VertreterInnen zu den AG-Beratungen eingeladen.

Im Bereich der Kinderbetreuung und Elternbildung haben wir das Ausbauprogramm für eine dritte Kraft in allen Krippengruppen fortgesetzt. Hier greift künftig die neue Landesregelung. Zudem haben wir dort, wo es gewünscht war, die Öffnungszeiten der Kitas ausgeweitet und Halbtags- bzw. Dreivierteltagsplätze in Ganztagsplätze umgewandelt. Aufgrund eines entsprechenden Antrages überarbeitet die Verwaltung derzeit die Elternbeitragsstaffel für Kitas.

Die Fachberatung der Kinderladen-Initiative haben wir ebenso ausgebaut, wie wir den Anteil männli-

cher Erzieher in Kitas erhöht haben. Hierzu wurde der Arbeitskreis männliche Fachkräfte eingerichtet, um Beratungs- und Informationsangebote vorzuhalten und Berufsorientierungsmaßnahmen zu koordinieren.

Für Flüchtlinge haben wir ein Konzept für eine Kinderbetreuung während der Integrationskurse beantragt.

In der Kinder- und Jugendarbeit haben wir 150.000 € für »Mietkostenzuschüsse« bereitgestellt, um die Rahmenbedingungen für Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in nicht-städtischen Gebäuden zu

verbessern. Darüber hinaus erhalten verschiedene Projekte, wie »Balu und Du« (individuelle Unterstützung für Kinder), der »Großelterndienst« (Entlastung der Eltern kleiner Kinder), der Vereins CAN e.V. (Mitfinanzierung zweier FSJ-Stellen) ebenso finanzielle Unterstützung wie der Jugendtreff »Bauwagenprojekt Schwarze Heide« sowie das Mädchenhaus Hannover, mannigfaltig, Violetta und das Betreuungsprojekt Möhringsberg. In der Calenberger Neustadt wurde ein Elterntreff eingerichtet, und für Planung und Umbau des Treffpunktes Allerweg wurden finanzielle Mittel bereitgestellt.

Und schließlich begleiten wir den Organisationsentwicklungsprozess des Stadtjugendringes Hannover.

## SCHULE

Mitglieder im Schulausschuss: Michael Klie (Sprecher), Petra de Buhr (Vorsitzende), Erik Breves (bis 20.2.2014) Jens Menge (ab 20.2.2014), Heidi Pohler-Franke.

Beratende Mitglieder: Berit Hische-Oheim, Hans-Dieter Keil-Süllow, Christoph Walther und Thomas Wedemeyer.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Schul-AG stehen der weitere Ausbau der Ganztagsgrundschulen mit der Umsetzung des Ganztagsschulprogramms »Marke Hannover« und des Mittagessenkonzepts sowie die weitere Schulentwicklungsplanung und Schulqualität. Hannover steht dabei aufgrund zunehmender Schülerzahlen vor anderen Herausforderungen als viele andere Kommunen im Land. Dies bedingt u.a. den Ausbau der Grundschulstandorte, die wir zudem als Ganztagschulen realisiert haben.

Mithilfe des von uns initiierten Mittagessenkonzepts sorgen wir dafür, dass Ganztagschülerinnen und -schüler der beteiligten Schulen ein gutes und günstiges Essenangebot erhalten. Auch eine verlässliche Ferienbetreuung an den Ganztagschulen haben wir durchgesetzt.

Gleichzeitig sichern wir zusammen mit der Jugend-AG die Schulkinderbetreuung auch an jenen Standorten, an denen es noch kein Ganztagsmodell gibt, im Haushalt ab. Darüber hinaus haben wir die Mittel für die Hausaufgabenhilfe erhöht.

Wir haben uns sehr für eine Lösung für die überlastete Grundschule Groß-Buchholzer-Kirchweg eingesetzt und arbeiten daran, eine Alternative zum aktuellen Standort Nackenberg zu finden.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist auch die Auseinandersetzung mit dem neuen Niedersächsischen Schulgesetz und seiner Bedeutung für Hannover. Dabei beschäftigen wir uns auch mit der Frage, welche Schulform für bestehende Haupt- und Realschulen

am besten geeignet ist und welche Standortvoraussetzungen dafür erfüllt sein müssen.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auch auf das Thema Inklusion. Die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, dass wir mit Christoph Walther den Vorsitzenden des Inklusionsbeirats in unserer Mitte haben, werden wir nutzen.

Das Sanierungsprogramm für alle Schulen läuft trotz der zunehmend angespannten Finanzlage der Stadt weiter, sodass der Sanierungsbedarf schrittweise abgebaut wird. Dabei steht die Schulsanierung aus Gründen der beschränkten finanziellen Mittel in Konkurrenz zu Schulneubauten und anderen Bauvorhaben.

Besonders erfreulich sind hingegen der Neubau der IGS Mühlenberg, die nach den Osterferien 2015 bezogen wurde, die Sanierung der Goetheschule und der Umbau der IGS Südstadt, der in Kürze beginnt.

Im März 2015 haben wir im Rahmen des Stadtdialogs »Hannover 2030« erfolgreich unsere Veranstaltung »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt« durchgeführt, bei der u.a. der bekannte Journalist Reinhard Kahl zu Gast war. Die Ergebnisse fließen in unsere weitere Arbeit ein.

In diesem Jahr wird auch die Ausstattung der Schulen mit Medien auf der Tagesordnung stehen, ein auf unseren Antrag hin erstelltes Konzept soll Mitte des Jahres vorgestellt werden.

## KULTUR

Mitglieder im Kulturausschuss: Belgin Zaman (Sprecherin), Dr. Gudrun Koch, Robert Nicholls (stv. Ausschussvorsitzender), Lars Kelich.

Stimmberechtigte Mitglieder: Dr. Karin Gafert, Dr. Sönke Burmeister.

Beratendes Mitglied: Prof. Dr. Gregor Terbuyken.

Die AG Kultur setzt ihre Schwerpunkte im Erhalt und Ausbau der kulturellen Infrastruktur, der Weiterentwicklung der hannoverschen Kulturlandschaft, einem bedarfsgerechten Angebot in den Einrichtungen der Stadtteilkulturarbeit und einer lebendigen Erinnerungskultur. Ein weiterer unserer Schwerpunkte liegt in der Förderung der kulturellen Bildung, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Auf unseren Antrag hin hat die Verwaltung ein Konzept zur Weiterentwicklung der Stadtteilkulturarbeit erstellt, welches gemeinsam mit den Ergebnissen des Stadtentwicklungsdialoogs die Grundlage für die weitere Arbeit der Stadtteilzentren/Freizeitheime und Kulturtreffs bilden wird.

Um die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft Hannovers zu fördern, haben wir einen Innovationsfonds Kunst und Kultur eingerichtet, der neue Ansätze unterstützen und jungen Künstlerinnen und Künstlern eine Perspektive in Hannover geben soll.

Im Rahmen des Haushalts 2015 haben wir die städtischen Museen durch die Einführung einer gemeinsamen Jahreskarte und die Einrichtung eines touristischen Angebots gestärkt.

Die von uns unterstützte Bewerbung Hannovers zur Aufnahme in das Creative Cities Netzwerk als »UNESCO City of Music« war erfolgreich. Jetzt geht es darum, den Titel mit Leben zu füllen und positive Effekte für die hannoversche Kulturszene zu erreichen.

Wir begrüßen die gelungene Neubesetzung der Intendanz der Kunstfestspiele Herrenhausen mit Ingo Metzmaker und unterstützen den Ansatz, in Zukunft noch stärker auf die Vermittlung zu setzen und so die Kunstfestspiele für ein breiteres Publikum attraktiv zu machen.

Im Bereich der Erinnerungskultur haben wir die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für einen zentralen Dokumentations- und Lernort zur hannoverschen Stadtgeschichte im Nationalsozialismus zu entwickeln. Zudem werden die Rosebuschverlassenschaften seit dem Jahr 2015 auf unsere Initiative hin gefördert.

Zudem haben wir durch den Einsatz von Haushaltsmitteln unter anderem das Schülerfilmfestival »up and coming«, den Pavillon, das Kino im Sprengel, die Company Landerer, die Freien Theater, den Verein Faust e.V., den Jazz-Club und die Jazz Musiker Initiative und das Medienhaus gefördert.

Und schließlich haben wir bedeutsame Bauvorhaben an zentralen Einrichtungen des städtischen Kulturlebens vorangetrieben: Nachdem bereits im vergangenen Jahr der Pavillon nach einem umfangreichen Umbau wieder eröffnet werden konnte, steht nun der Erweiterungsbau des Sprengel Museums vor seiner Einweihung, und nach den Sommerferien wird die Volkshochschule ihr neues Domizil am Hohen Ufer beziehen.

## SPORT

Mitglieder im Sportausschuss: Peggy Keller (Sprecherin), Petra de Buhr (seit 17.7.2014), Thomas Hermann (bis 17.7.2014), Henning Hofmann, Kerstin Klebe-Politze (Ausschussvorsitzende).

Beratende Mitglieder: Michael Rabe und Wolf-Dietmar Kohlstedt.

Der Sportausschuss ist zuständig für die Angelegenheiten des Sports und der Bäder. Unsere Schwerpunkte lagen in den letzten zwei Jahren vor allem in der Begleitung zweier Großprojekte, dem Bäderkonzept und der Sportentwicklungsplanung.

Das Bäderkonzept hat der Rat im Mai 2015 beschlossen, es sieht die Sanierung aller städtischen Bäder bis zum Jahr 2029 vor. Der Erarbeitung des Konzepts ging eine intensive Betrachtung aller Bäder und ihrer Potenziale durch die Deutsche Gesellschaft für das Badewesen voraus. Auf Grundlage dieser Analyse wurde das Bäderkonzept in einem Arbeitskreis, be-

stehend aus VertreterInnen von Verwaltung, Politik, Vereinen, Badbetreibern und dem Seniorenbeirat erarbeitet und im Dezember 2014 in die Ratsgremien eingebracht. Der umfassende Erarbeitungsprozess und die Beteiligung der wesentlichen Interessenvertreter sind hierbei besonders positiv hervorzuheben. Die Umsetzung des Konzepts wird auch weiterhin durch den Arbeitskreis begleitet. Im Rahmen des Haushalts 2015 haben wir bereits erste Planungsmittel eingestellt, um einen schnellstmöglichen Beginn der Sanierung zu erreichen. Zudem haben wir mit einem Antrag dafür gesorgt, dass die Sanierung des Fössebads vorgezogen wird, die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtbezirken über die Baumaßnahmen informiert werden und das Bäderkonzept alle fünf Jahre fortgeschrieben wird. Auch die Umsetzung des Bäderkonzepts werden wir im Hinblick auf mögliche Attraktivitätssteigerungen und die Profilbildung der einzelnen Bäder begleiten.

Im Bereich der Sportentwicklungsplanung ist dem Sportausschuss im März 2015 ein Zwischenbericht

vorgelegt worden. Die Sportentwicklungsplanung beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Verbesserung der Sportraumsituation, der Steigerung des Sportengagements, der Kooperation und Vernetzung und den Grundsätzen der Sportförderung, wobei diese abhängig von den Ergebnissen aus den anderen drei Themenfeldern weiterentwickelt werden sollen. Auch hier haben wir mit einem Antrag dafür gesorgt, dass ein ExpertInnengremium zur Begleitung der Planungen eingesetzt wurde. Die Verwaltung wird in diesem Sommer konkrete Handlungsempfehlungen vorlegen. Diese werden wir intensiv diskutieren und die weitere Bearbeitung der Sportentwicklungsplanung eng begleiten.

Durch den Einsatz von Haushaltsmitteln haben wir zudem den Vereinssportstättenbau unterstützt, die Zuwendungen für die vereinsbetriebenen Bäder erhöht und die Aufstellung einer Gedenktafel für Opfer des Nationalsozialismus unter den Sportlerinnen und Sportlern beauftragt.

## INTERNATIONALES

Mitglieder im Internationalen Ausschuss: Lars Kelich (Sprecher, seit 13.6.2013), Désirée Barnert, Regina Fischer, Thomas Hermann (Ausschussvorsitzender seit 19.6.2014), Alptekin Kirci (Sprecher, bis 13.6.2013), Bernd Strauch (Ausschussvorsitzender bis 19.6.2014).

Beratende Mitglieder: Dang Chau Lam, Graciela Guáqueta-Korzonnek, Raif Hussein, Dr. Dimitra Tekidou-Kühlke.

In den vergangenen vier Jahren wurden aufgrund der weltpolitischen Lage vermehrt Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen. Damit hat sich die Anzahl der durch die Landeshauptstadt Hannover (LHH) unterzubringenden Personen um ein Vielfaches erhöht und wird voraussichtlich aufgrund der krisenhaften Situation in vielen Teilen der Welt weiter zunehmen. Neben dem Bedarf neuer Unterkünfte bedeutet dies eine steigende Nachfrage nach Beratung und Unterstützung, die nur zu decken ist durch ein enges Netz aus der Sozialarbeit in den Unterkünften, dem städtischen Integrationsmanagement, dem Engagement freier Träger und nicht zuletzt durch den vorbildlichen Einsatz der ehrenamtlichen Netzwerke für Willkommenskultur – zum Teil mit tatkräftiger Unterstützung durch Mitglieder der SPD-Bezirksratsfraktionen und der SPD-Ratsfraktion. Die Botschaft ist: Hannover heißt Flüchtlinge willkommen!

In der Flüchtlingsberatung erhalten DiaMiPa (Diakonische Migrationsarbeit für Personen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus), kargah e.V. und das Caritas-Projekt »Raphaello« finanzielle Mittel, die in den jeweiligen Projekten eingesetzt werden.

Die Studien- und Lebensbedingungen ausländischer Studierender am Universitätsstandort Hannover ähneln in vielen Bereichen den Umständen, die auch einheimische Studentinnen und Studenten vorfinden. Gleichwohl sind sie von einigen Problemkonstellationen ungleich stärker betroffen als ihre

KommilitonInnen. Bei der Wohnungssuche oder bei der Finanzierung ihres Studiums haben ausländische Studierende oft mit großen Benachteiligungen zu kämpfen. Universitäten und Hochschulen bieten zum Teil Beratung an. In einer Anhörung wurde über deren Arbeit informiert.

Wir begreifen uns als Stadtgesellschaft, die sich gegen Rassismus und menschenfeindliche Einstellungen engagiert. Deshalb unterstützen wir nach Kräften Initiativen, die für mehr Aufklärung und Zivilcourage eintreten. Wir werden Rassismus und Rechtsextremismus effektiv Paroli bieten und setzen uns für einen parteiübergreifenden Konsens zu deren öffentlicher Ächtung ein. Die vorhandene »Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus« (SDR) wird um eine halbe Stelle aufgestockt.

Nach dem Verbot der Gruppe »Besseres Hannover« gibt es auch weiterhin eine aktive Nazi-Szene in Hannover, die sich zunehmend radikalisiert. Darüber hinaus verdeutlichen auch die sogenannten Pegida-Demos, dass die rechte Szene verstärkt versucht, in der Zivilgesellschaft Fuß zu fassen. Um die Zivilgesellschaft gegen rechtes Gedankengut und gegen rechten Lifestyle zu immunisieren, ist eine öffentlichkeitswirksame Aktionswoche sinnvoll, weil sie die Möglichkeit bietet, die Menschen in ihrem Alltag abzuholen und aufzuklären. Wir haben ein Konzept für eine »Aktionswoche gegen Rechts« in Hannover eingefordert. Ziel ist es, für eine bestimmte Woche

im Jahr ein umfangreiches Angebot für Schulen, Betriebs- und Personalräte, Vereine und Verbände und interessierte Bürgerinnen und Bürger zu erstellen, medial zu begleiten und zu dokumentieren.

Nachdem immer wieder Menschen vor Diskotheken diskriminiert und abgewiesen wurden, haben Stadtverwaltung und der Hotel- und Gaststättenverband

DEHOGA das Qualitätssiegel »Diskothek gegen Diskriminierung« entwickelt und Kriterien für dessen Vergabe festgelegt. Damit wurde nicht nur ein Beitrag zur Willkommenskultur in Hannover geleistet, sondern auch ein zusätzlicher Weg zur Bekämpfung von rassistisch motivierter Diskriminierung beschritten.

## GLEICHSTELLUNG

Mitglieder im Gleichstellungsausschuss: Regina Fischer (Sprecherin und seit 31.1.2013 stv. Vorsitzende), Bruno Gill, Heidi Pohler-Franke (bis 17.2.2015), Wolfram Römer, Rita Scholvin (seit 17.2.2015).

Beratende Mitglieder: Franz Moormann und Dr. Zulia Gubaydullina.

Die AG Gleichstellung betrachtet ihre Arbeit als Querschnittsaufgabe, die sie in alle Fachbereiche einbringt.

Wir setzen uns ein für die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen sowohl in der Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover als auch in den städtischen Betrieben und den Unternehmen mit städtischer Beteiligung. Auf unsere Initiative wurde hierzu eine Anhörung im Gleichstellungsausschuss durchgeführt und ein entsprechender Antrag eingebracht. Zudem sind wir auf diesem Weg mit der Besetzung des Vorstandsvorsitzes der Stadtwerke Hannover zum April 2016 mit Susanna Zapreva-Hennerbichler einen wichtigen Schritt vorangekommen.) als auch in anderen öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen ein. Hierzu wurde Der Aktionsplan der LHH zur Umsetzung der EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene wurde erweitert und wird zum Ende des Jahres 2015 mit neuen Schwerpunkten fortgeschrieben werden.

Außerdem haben wir erreicht, dass das Gender Budgeting im städtischen Haushalt an zwei Produkten getestet wird. Langfristig soll es hiermit ermöglicht

werden, einen geschlechtergerechten Haushalt aufzustellen. Das Instrument Gender Budgeting macht dabei deutlich, wohin die städtischen Mittel fließen, an welchen Stellen Männer und an welchen Stellen Frauen besonders profitieren.

Bereits im Jahr 2013 hat der Rat auf Initiative der Gleichstellungs-AG eine Resolution zur Öffnung der Ehe für Homosexuelle verabschiedet. Gemeinsam mit der Jugend-AG haben wir uns dafür eingesetzt, dass in Hannover auf das Adoptionspflegejahr für Kinder, die in gleichgeschlechtliche Partnerschaften geboren werden, verzichtet wird.

Zudem wurde auf unsere Initiative hin eine Anhörung zu Gewalterfahrungen von Frauen mit Behinderungen durchgeführt und die Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema mit Haushaltsmitteln unterstützt.

Im Bereich Gleichstellung wurden Haushaltsanträge verabschiedet, die das Angebot barrierefreier Plätze im autonomen Frauenhaus ermöglichen, die Beratung traumatisierter Frauen fördern und die Durchführung des Christopher-Street-Days unterstützen.

## ORGANISATION UND PERSONAL

Mitglieder im Organisations- und Personalausschuss (OPA): Bruno Gill (Sprecher), Christine Kastning (Ausschussvorsitzende), Michael Klie, Wolfram Römer.

Eine moderne Verwaltung – das ist der zentrale Schwerpunkt der OPA-AG. Eine moderne Verwaltung bedeutet einerseits Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern im direkten Kontakt wie auch über die Instrumente des e-Governments und andererseits eine gute und nachhaltige Personalpolitik und -entwicklung.

Die Möglichkeiten des e-Governments sind durch den Relaunch des Portals hannover.de deutlich verbessert worden. Das Portal bietet nun einen direkten

Draht in die Stadtverwaltung (etwa für Beschwerden) und Informationen zu Hilfe, Beratung und Notdiensten im Bereich Bürgerservice. Dennoch muss die Navigation durch *hannover.de* noch verbessert werden. Diesen Prozess werden wir weiterhin mit Kritik und Anregungen begleiten.

Für die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt leisten die Feuerwehren einen unverzichtbaren Beitrag. Als OPA-AG (vorübergehend auch durch die

Finanz-AG) haben wir uns dafür eingesetzt, dass diese Arbeit auf einem hohen Niveau gehalten und weiterentwickelt wird: etwa durch die Reorganisation der Arbeitsteilung, durch Neuanschaffungen bei den Rettungsfahrzeugen und der technischen Ausrüstung sowie durch den Neubau der Feuerwache 1 mit der gemeinsamen Rettungsleitstelle von Stadt und Region.

Im Bereich Personalentwicklung stehen wir im steten Kontakt mit der Verwaltung wie auch mit der Personalvertretung. Regelmäßige Gespräche mit dem Gesamtpersonalrat (GPR), mit der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) und auch mit den Örtlichen Personalräten dienen dazu, die Überlegungen der Angestellten der Landeshauptstadt Hannover in unsere politische Arbeit einzubeziehen. Als fruchtbar hat sich dieser Austausch bei der Entwicklung des Wiedereingliederungsmanagements für langzeiterkrankte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwiesen. Die GPR-Initiative zur Stärkung des kooperativen Verwaltungshandelns über verschiedene Fachbereiche hinweg wird künftig ein neuer Schwerpunkt unserer Arbeit sein.

Um Frauen, Auszubildende und Beschäftigte mit Migrationshintergrund wie auch ältere Menschen diskriminierungsfrei bei der Landeshauptstadt Hannover beschäftigen zu können, hatten wir anonymisierte Bewerbungsverfahren erproben lassen – leider ohne Erfolg.

Wir unterstützen das Ziel der Verwaltung, mittelfristig einen ausgeglichenen Stellenplan zu entwickeln. Dadurch soll die Zahl der Angestellten der Entwicklung der städtischen Finanzen angepasst werden, ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu überlasten. Unsere Anstrengungen als SPD beim Ausbau von Kita- und Ganztagschulplätzen haben dazu beigetragen, dass auch städtische Beschäftigte Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Die Einhaltung sozialer Mindeststandards wird zwar von Seiten der Verwaltung gewährleistet, doch haben wir Maßnahmen verlangt, mit denen etwa die Einhaltung der Bestimmungen über den gesetzlichen Mindestlohn durch externe Dienstleister gewährleistet wird.

In diese Richtung zielte auch das Handlungsprogramm Gebäudereinigung, das auf unseren Auftrag hin entwickelt worden ist. Damit wird einerseits die ordentliche Reinigung öffentlicher Gebäude, insb. Schulen, gewährleistet und andererseits die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Vorschriften durch externe Anbieter. Letztlich ist dies auch ein Schritt zur Rekommunalisierung gewesen, weil private Anbieter sich nicht den geforderten Standards fügen wollten.

Insgesamt haben wir mit unserer Politik dazu beigetragen, dass die Landeshauptstadt Hannover eine attraktive Arbeitgeberin ist.

## IMPRESSUM

Herausgeber:  
**SPD-Fraktion**  
**im Rat der Landeshauptstadt Hannover**  
 Fraktionsvorsitzende Christine Kastning

Friedrichswall 15  
 30159 Hannover  
 Tel. 0511-168-45310  
 Fax 0511-168-43624  
 spd@hannover-stadt.de  
 www.spd-ratsfraktion-hannover.de

Redaktion, Satz und V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse

Redaktionsschluss: 22.06.2015